

»Überwältigt und auch ein wenig verwirrt«

Ein reisender Demokratielehrer lässt sich inthronisieren

Wolfgang Kroschel

*Du lieber Gott! was so ein Mann
Nicht alles, alles denken kann!
Beschämt nur steh ich vor ihm da
Und sag zu allen Sachen ja.*

Das könnte ein unausgesprochener Gedanke der Bundeskanzlerin nach dem »Konkлав« ausgewählter Parteien zur Nominierung eines »reisenden Demokratielehrers« (Selbstauskunft) als Kandidaten zum Bundespräsidenten sein. Er stammt aber von Margarethe aus Goethes »Faust« – auch ein deutsches Drama.

Der Demokratielehrer, der sich unmittelbar nach der Verkündigung seiner beabsichtigten Salbung vor Mikrofon und Kamera »überwältigt und ein wenig verwirrt« (Selbstdarstellung) gab, ist im Erstberuf Pfarrer, lässt sich aber sehr gern Bürgerrechtler nennen. Der Namenspatron des Verbs »gaucken« soll also im Berliner Schloss Bellevue andocken.

Der »Präsident der Herzen« (also nicht des Volkes) hat wohl bei einigen Umfragen – bei »Bild« 54 % – hohe Zustimmung erlangt. Aber in der Ostsee-Region, der Heimat des Pfarrers, vermeldete die Ostsee-Zeitung von über 1000 Wortmeldungen 64 % Ablehnung und 13 % Zustimmung.

Aber schließlich werden solche Fragen nicht durch Volkes Stimme, sondern durch Parteiengänzank hinter verschlossenen Türen entschieden. Man war unter sich. Die Partei DIE LINKE, immerhin mit fünf Millionen Wählern ein bedeutendes Potenzial, wurde in schlecht-bürgerlicher Demokratiemanier erst gar nicht einbezogen. Wem hätte sie auch ihre Zustimmung geben sollen? Jemandem, von dem die »Neue Zürcher Zeitung« schreibt, er habe auf seine politische Karriere verzichtet und sei statt dessen Aktenverwalter der Stasi-Unterlagenbehörde geworden. Das war natürlich eine vollkommen unpolitische Tätigkeit, deren Praktiken noch heute und mindestens bis zum Jahre 2019 die gesellschaftliche Atmosphäre vor allem im Beitragsgebiet vergiften.

Jemandem, der Bankeneignungen und Bewegungen für soziale Gerechtigkeit »albern« findet und der Ansichten eines Herrn Sarrazin »mutig« nennt. So wie er auch die Agenda 2010 und die in ihrem Zuge von einem später Vor-

bestraften erdachten sozialen Grausamkeiten, deren Stufe IV erreicht ist, lobt.

Jemandem, der den Kriegseinsatz der Bundeswehr nicht nur in Afghanistan begrüßt, weil die von der westlichen »Wertegemeinschaft« als einzig gültig verkündeten Menschenrechte praktischerweise weltweit eingeführt werden müssen, koste es was es wolle und ob es die betroffenen Völker wollen oder nicht.

Ach ja, die Demokratie und ihr Lehrer, bei dem das süße Wort »Freiheit« in jedem zweiten Satz herausquillt. Nur soll der Begriff auch schön abstrakt bleiben. Nicht die Freiheit ist gemeint, in der die berechtigte Sorge um vom Verlust bedrohte Arbeitsplätze, um fehlende Perspektiven für Jugendliche und Erwachsene, um sklavenähnliche Leiharbeit, um Rentenstrafrecht, Bildungsnotstand und Kinderarmut in Demonstrationen und vielen Aktionen der Basis zum Ausdruck kommt.

Wie frei ist ein Mensch in all seinen Entscheidungen, wenn er am Rande der Gesellschaft steht, über seine existentiellen Bedingungen nicht entscheiden kann, sich sogar systemkonform verhalten muss, um die jederzeit gefährdeten Almosen zu erhalten?

Kann der Demokratielehrer nun plötzlich die Gesellschaft zusammenführen, wie es sein neues Amt gebietet? Kann er Freiheit und Demokratie befördern, die Diskussion unter den verschiedenen Gruppen positiv anregen, nachdem er in seinem bisherigen Leben nur polarisiert hat und Teile der Bevölkerung aus den gesellschaftlichen Prozessen weiterhin ausgeschlossen sehen will?

Es sind wohl eher keine Hoch-Zeiten der Demokratie; nicht hier und nicht in der »Wertegemeinschaft«. Da ist es wahrhaftig mutig, wenn die Partei DIE LINKE eine eigene Präsidentschaftskandidatin nominiert. Diese Kandidatur ist nicht widerspruchsfrei. Abgesehen davon, welche Chancen eine solche Kandidatur hat, zeigt es, dass diese Partei bundesweit handeln kann.

Denn: Es ist ein wichtiges Zeichen gegen Resignation, die vor allem in politischen Depressionszeiten um sich greifen kann.

Das war und sollte wieder typisch für die Linkskräfte sein: Das »Trotz alledem«, das »Solidarität jetzt erst recht!«

Wir grüßen alle Frauen zum Internationalen Frauentag.
Unser besonderer Gruß und Glückwunsch gilt denen, die sich aktiv in die Arbeit von ISOR einbringen



Wir ISOR-Mitglieder nehmen dieses Signal auf. Vor bedeutende Entscheidungen für die Fortführung unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit gestellt, erinnern wir uns an die Geschichte der Arbeiterbewegung. In komplizierten Situationen schlossen sich die fortschrittlichen Kräfte enger, konzentrierter und entschiedener zusammen. Das war und ist ein Unterpfand gegen Resignation und für neuen Mut, aus dem die Kraft erwächst. Diese Erkenntnis ist sehr alt, weshalb Dr. Faust nochmals zu Wort kommen soll:

*Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluss:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß!«*

(Wolfgang Kroschel ist Journalist und Mitglied der Redaktion **ISOR aktuell**)

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Aus der Arbeit des Vorstandes Der Vorstand beriet und bestätigte einen Beschluss in Auswertung des BSG-Urteils vom 14.12.2011. Darin wird festgestellt, dass die Entscheidung des BSG eine vorbehaltlose Zusammenarbeit zwischen ISOR und IGA erfordert und dass es gemeinsames Anliegen ist, eine solche Zusammenarbeit auch zwischen den Rechtsanwaltsbüros Bleiberg und Dr. Helmers zu befördern. Die schriftliche Ausfertigung des BSG-Urteils lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

★
Der Schatzmeister legte den Bericht über die Erfüllung des Finanzplanes für das Jahr 2011 und den Finanzplan für 2012 vor. 2012 werden – bedingt vor allem durch die sinkenden Mitgliederzahlen – erneut die geplanten Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Eine Prognose für die nächsten vier Jahre zeigt jedoch, dass auch unter diesen Bedingungen die Finanzierung der Aufgaben unseres Vereins gesichert bleibt.

Post an den Bundestag

Generalmajor a.D. Hartwig Müller, ehem. Leiter der Versorgungsdienste des MdI

Der Beitrag von Eberhard Rehling und Karl-Heinz Wunderlich in ISOR aktuell 02/12 gab mir die Anregung, mich nach der Debatte zu den Rentenfragen in den neuen Bundesländern am 16.12.2011 im Deutschen Bundestag an einige Abgeordnete von CDU/CSU und FDP in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales, den Rechts- und Haushaltsausschuss zu wenden. Meine E-Mail an Abgeordnete des Deutschen Bundestages hat folgenden Wortlaut:

»Sehr geehrte Damen und Herren, der Deutsche Bundestag debattierte in seiner 150. Sitzung am 16.12.2011 die Vorlagen zum Tagesordnungspunkt 29 zu den noch offenen Fragen bezüglich der Renten in den neuen Bundesländern. Diese Anträge wurden zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

Kernpunkt ist dabei die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West. Seit dem Beitritt der DDR zur BRD sind nun schon 21 Jahre vergangen und die Rentenberechnung wird immer noch nach den unterschiedlichen Rentenwerten West und Ost vorgenommen. Die Einheit ist auf diesem Gebiet noch nicht abgeschlossen. Die durch den Einigungsvertrag überwundene alte Grenze existiert in Lohn- und Rentenfragen immer noch fort. Die Deutsche Rentenversicherung verlangt beim Rentenantrag unter Ziffer 2 »Angaben zur Person« noch Auskunft über den Wohnsitz am 18.05.1990 (Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion).

Der Gesetzgeber hat sich im § 254b des SGB VI eine Regelung geschaffen, welche besagt, dass bis zur Herstellung einheitlicher Einkommensverhältnisse im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland persönliche Entgeltpunkte (Ost) und ein aktueller Rentenwert (Ost) für die Ansprüche der Rentnerinnen und Rentner im Beitrittsgebiet gelten. Diese Formulierung festigt bis zu einem unbestimmten Zeitraum die unterschiedlichen Rentenwerte und ist nicht mehr zeitgemäß. Es ist eine politische Illusion, dass im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einheitliche Einkommensverhältnisse hergestellt werden können.

Auch in der alten Bundesrepublik gab und gibt es keine einheitlichen Einkommensverhältnisse, aber einen einheitlichen Rentenwert West. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes im Statistischen Jahrbuch 2011, Seite 526, werden für die Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigen Arbeitnehmer im Bundesland Hamburg ein Wert von 3.562 € (100 %) und für das Bundesland Schleswig-Holstein ein Wert von 3.013 € (84,6 %) ausgewiesen. Die Renten in Hamburg und in Schleswig-Holstein werden jedoch nach dem einheitlichen Rentenwert West berechnet. Es ist an der Zeit, politische und gesetzgeberische Entscheidungen zu treffen, um den Rentenwert Ost schrittweise an den Rentenwert West anzugeleichen und alle Rentenanwartschaften nach einem einheitlichen Rentenwert zu beurteilen.

Die Bedingungen, die zur Festlegung eines

Rentenwertes Ost führten, haben sich seit 1990 grundlegend verändert. Millionen Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern haben Arbeit in den alten Bundesländern gefunden und pendeln zwischen Wohnort Ost zum Arbeitsort West oder sind gleich in die alten Bundesländer umgezogen. Das Einkommen dieser Bürger einschließlich der Beitragszahlungen zu den Sozialsystemen wird statistisch in den alten Bundesländern erfasst.

Die Beibehaltung der unterschiedlichen Rentenwerte wirft auch verfassungsrechtliche Fragen hinsichtlich des Gleichheitsgrundsatzes nach Artikel 3 des Grundgesetzes auf. Wie lange sollen die durch Arbeitsleistung erworbenen Ansprüche der Rentner in den neuen Ländern noch nachteilig berechnet werden? Selbst die jetzt Auszubildenden in den neuen Bundesländern (Jahrgang 1995) werden am Ende ihres Arbeitslebens (Rente mit 67) im Jahr 2062 noch die Auswirkungen des jetzigen Rentenrechts in ihrem Rentenbescheid lesen können.

Meine Petition zu diesen Fragen liegt seit dem 03.03.2008 beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Bisher gab es nur die üblichen Zwischenantworten zum Petitionsverfahren, aber keine Absichten zur Klärung in der Sache. Deshalb bitte ich die Abgeordneten in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages, die verschiedenen Vorschläge der Parteien zu prüfen und eine Entscheidung im Interesse der Rentnerinnen und Rentner, die am 18.05.1990 (Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion) in der DDR gelebt haben, herbeizuführen. Totschlagsargumente wurden in der 150. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16.12.11 bereits genügend dargelegt. □



Nicht aufgeben bedeutet auch für uns als Mitglieder der TIG Rostock, immer am Ball zu bleiben. Und wir bleiben am Ball!

Die Gesamtmitgliederversammlung unserer TIG am 23. Februar ist der Beweis für diese Behauptung. Als Mutmacher sprach das Vorstandsmitglied und Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern, Siegfried Felgner, zum weiteren juristischen Vorgehen nach dem Urteil des Bundessozialgerichtes vom 14.12.2011.

Er hatte aufmerksame Zuhörer. Wir haben ihn verstanden. Seine Ausführungen lassen uns weiterhin optimistisch in die Zukunft blicken. Wir lassen uns nicht ins Bockshorn jagen.

Das Bemühen von ISOR wird weiterhin darin bestehen, bis zum hoffentlich nicht bitteren Ende alle sich noch bietenden Möglichkeiten im Zusammenwirken mit den Rechtsanwälten, die unsere Interessen vertreten, sinnvoll und juristisch sachlich begründet zu nutzen. Das ist

der richtige Weg in dieser doch so schwierigen und schon jahrelang anhaltenden Auseinandersetzung mit den staatlichen Verwaltungsstellen.

Politisches Palaver führt uns nicht zum Ziel, sondern nur eine auf kluger Basis aufbauende juristische Auseinandersetzung, die bis ins Detail nach Möglichkeiten sucht, handlungsfähig zu bleiben und Rechtsfragen zu klären, die letztendlich auch in voller Übereinstimmung mit der Grundidee unserer Verfassung, dem Grundgesetz, stehen.

Insbesondere in einem doch relativen hohen Alter der Mitglieder unserer TIG immer wieder Energien freizusetzen, erfordert viel Organisationstalent, Mut und Ausdauer. Gut, dass unser Vorsitzender der TIG Rostock, Helmut Grohmann, die organisatorischen Zügel fest in der Hand hat.

In unserer TIG ist insbesondere die gegenseitige Ersetzbarkeit durch kameradschaftliches Verhalten gekennzeichnet. Dieses Grundprinzip des Zusammenhaltens in schwierigen Situati-

onen, die auch weiterhin auf uns zukommen werden, ist beispielgebend und wird so lange von Dauer sein, bis wir am Ende angelangt sind.

Wie dieses Endergebnis aussehen wird, wissen wir nicht. Das hängt vom Entscheidungsträger ab, der über diese lebenswichtigen Fragen sein Urteil zu fällen hat. Wir sind voller Hoffnung und vertrauen auf Gerechtigkeit in dem Staat, in dem wir jetzt schon über 20 Jahre leben. So lange aber werden wir am Ball bleiben und nicht aufgeben.

Hartwig Niemann

Von Mitglied zu Mitglied:

Heringswochen auf Usedom! Vermiete gemütl. Fewo in Koserow f. 2 P. unweit von Strand, Wald und Bäcker! März/April 30 € Ü.+Endr. 20 € Tel.: 038377 40091



Urlaub 2012 Jetzt buchen! Gern würde ich Euch meine schöne Heimat – die **Lausitz** ganz individuell bei einem Busausflug zeigen. 7 ÜHP 245 €. Viel Wald, Wasser, interessante Ausflugsziele, beste Verpflegung und schöne Gästezimmer erwarten Euch. Meldet Euch bei mir. Tel: 035894/30470 od. www.pensionweiser.de

Auf dem Büchermarkt:

Detlef Mauch

Schild und Schwert – Solange das Feuer brennt (RaDe Selbstverlag Detlef Mauch, Ribnitz-Damgarten 2012) 220 S., Preis 10,– €. Bestellung über den Autor direkt unter: Tel.: 03821/706452 oder mobil: 0151 58753175

Mail: mauch-ramona@t-online.de

»Dieses Buch ist meinem Vater Alfred Mauch gewidmet«, heißt es eingangs, und der Autor nennt es eine authentische Erzählung. Beschrieben wird – eingebettet in die Rahmenhandlung eines fiktiven Vater-Sohn-Gesprächs am abendlichen Lagerfeuer – der Lebensweg eines aufrechten Genossen, der in Mecklenburg-Vorpommern (namentlich in Wismar) ISOR-Mitgliedern und auch vielen Arbeitern der Mathias-Thesen-Werft wohlbekannt und in guter Erinnerung ist. Immerhin wurde er 1962 von seinem Betrieb für die Tätigkeit im MfS nur freigestellt und nicht entlassen, und er hat bis zum Untergang der DDR seinen Sicherungsauftrag in der Werft erfüllt. Allen Kollegen von Person her bekannt und ihnen verbunden, hat er danach seine Arbeit wieder im gleichen Betrieb aufgenommen. Allerdings setzen nun Ausgrenzung und Diskriminierung ein, in Folge deren er in die Arbeitslosigkeit gedrängt wird. Er kämpft in der Gemeinschaft mit anderen Betroffenen für seine Menschenwürde. Die literarische Aufarbeitung dieses Stoffs durch seinen Sohn ist bemerkenswert und eindrucksvoll zu lesen. Beeindruckend auch die Illustration des Buches durch anrührende Zeichnungen und Graphiken des begabten Autors. Das Buch wurde in Handarbeit mit Unterstützung seiner behinderten Ehefrau im Selbstverlag hergestellt. Es ist durch seine bescheidene Ausstattung für sich auch eine beeindruckende bibliophile Besonderheit.

★

Guntram König (Hrsg.) / Rudolf Patzer u.a.

Kontrollierte Feindschaft – Manöverbeobachtungen und Inspektionen 1987–1990 (Helios Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft Aachen 2011) 181 Seiten, fest gebunden, Preis 23,00 € / ISBN 978-3-86933-067-9

Erstmals werden Manöverbeobachtungen und Inspektionen dokumentiert, die 1987 bis 1990 unter Teilnahme von Vertretern von 27 KSZE-Staaten auf der Grundlage des Stockholmer Dokuments vom 19. September 1986 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa durchgeführt wurden. Die Autoren gehören zum engen Kreis derer, die mit der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen beauftragt waren, die seitens der DDR gemäß Abkommen zu leisten und einzufordern möglich waren. Mit der Publikation wird ein bisher einmaliges Zeitdokument vorgelegt. Es beweist, dass in den 80er Jahren durch die Militärblöcke ernsthafte Schritte unternommen worden waren, wechselseitig Bedrohungssängste durch Transparenz abzubauen und seitens der DDR alles getan wurde, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Editorial bleibt anzumerken, dass Quellennachweise und möglicherweise ein Personenregister der weiteren wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas sicherlich förderlich gewesen wären. (Eine vollständige Rezension findet sich auf unserer Webseite.)

★

Winfried Voigt

Ohne uns!

West-Falschspieler ruinieren unser Land (Nora-Verlagsgemeinschaft Dyck Westerheide Berlin) Sonderausgabe »Unsere Buchempfehlungen für Sie«, Berlin; 208 S., Preis: 9,95 € Bestellungen über: 0800 / 1818118 (kostenfrei) oder Internet: www.buchredaktion.de

Aus dem Vorwort »An alte Freunde möchte ich mich wenden, – und neue, die nachdenklich geworden sind. Die Zeit wird reif, um ans Licht zu treten. Dorthin, wo ehrliche, intelligente und Menschen mit Charakter hingehören. Ich möchte mich an Menschen wenden, die eher in oder in der Nähe einer Gegend angesiedelt sind, wo die Moral eine etwas größere Rolle spielt als das Fressen. Mit dem real existierenden Sozialismus ist nicht nur eine andere Form des Wirtschaftens zusammengebrochen, sondern auch der Versuch, ehrlich auf der Grundlage der selbst geschaffenen Werte zu leben. Ausgerechnet Menschen, welche diese Idee verinnerlichten, und ein ganzes Leben dafür geben, werden gejagt, verspottet und es wird von ihnen Reue verlangt. Nicht die geringste Rechtfertigung ist zulässig. Auch und gerade DDR-Bürger dürfen hocherhobenen Hauptes dastehen!«

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.02.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.03.2012

Einstellung im Internet: 05.04.2012

Auslieferung: 12.04.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 –10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Neu: Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

sowie nach tel. Terminvereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr